

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 82 (1988)
Heft: 11

Rubrik: Aus befreundeten Vereinigungen : "Schweiz ohne Armee" als Impuls für die europäische Friedensbewegung ; Friedenskampagne der Frauen für den Frieden und des Evangelischen Frauenbundes der Schweiz (EFS)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Schweiz ohne Armee» als Impuls für die europäische Friedensbewegung

Das militärische Denken an sich in Frage stellen

Etwa 100 Menschen aus neun Ländern (Dänemark, Belgien, BRD, Frankreich, Finnland, Österreich, Grossbritannien, Holland und der Schweiz) folgten der Einladung der «Gruppe Schweiz ohne Armee» (GSoA) zur Basler Friedenskonferenz für eine neue, unimilitärische europäische Friedenspolitik. Sie waren sich in verschiedener Hinsicht und über alle vordergründigen Grenzen hinweg einig. So begrüßten sowohl die Dänin Judith Winther als auch der Belgier Kris Vanhoek die Initiative der Schweizer auch aus europäischer Sicht. Denn diese sollte, so meinten die beiden, für die Friedensbewegung in Europa ein willkommener Anlass zur Hinterfragung des bisweilen zu beobachtenden «politischen Pragmatismus» sein und ein Impuls zur Vertiefung im Friedensverständnis über die Negation der Atomraketen hinaus. Die Friedensbewegung in Europa kann eine ihrer wichtigsten kommenden Aufgaben, den Kampf gegen die «konventionelle» Aufrüstung der Nato im Zuge des Abbaus der atomaren Mittelstreckenraketen und des aus haushaltsspezifischen Gründen von jedem neuen US-Präsidenten zu erwartenden teilweisen Abbaus des US-Engagements in Westeuropa, nur erfüllen und erfolgreich bestehen, wenn sie im Sinne der Schweizer Initiative den «Atompazifismus» der frühen achtziger Jahre überwindet und das militärische Denken an sich in Frage stellt. Denn, so hiess es an der GSoA-Konferenz in Basel, jeglicher Krieg in Europa wäre für die meisten Europäerinnen und Europäer nicht zu überleben. Es gilt also nicht nur den schlimmsten Krieg zu verhindern, sondern die Gefahr jeglichen Krieges auszuräumen. Insofern gehe es tatsächlich um «kollektive Sicherheit»; diese sei jedoch nicht zu erreichen mit militärischen Mitteln, sondern nur durch deren sukzessiven Abbau.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Basler Konferenz waren sich im Klaren darüber, dass wir in Europa in dieser Richtung noch einen langen Weg vor uns haben. Was die Schweizer Friedensbewegten rund um die GSoA lange Zeit als etwas spezifisch Schweizerisches erachteten, nämlich die tiefgründige kulturelle Akzeptanz des Militärischen als ultima ratio der Politik, ist offensichtlich zumindest in einem ähnlichen Ausmass auch in anderen Ländern Westeuropas vorhanden. Darüber dürfen wir uns von den grossen und durchaus auch erfolgreichen Mobilisierungs- und Aktivierungskampagnen der Friedensbewegung der achtziger Jahre nicht hinwegtäuschen lassen. Vielen ist in West- und Ost-

europa die Vorstellung, dass wir in der «Nachkriegszeit» dazu verdammt sind, das militärische Prinzip als solches überwinden zu müssen, wenn aus der Nachkriegszeit nicht wieder eine «Vorkriegszeit» werden soll, auf den ersten Blick genau so fremd, wie sie vielen Schweizerinnen und Schweizern fremd war, als die GSoA sie 1981 erstmals damit konfrontierte. Bemerkenswert ist jedoch, dass dieser Gedanke und auch die anderen Überlegungen der GSoA im Zuge des kommunikativen Prozesses vor, während und nach der Unterschriftensammlung für die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» sich sehr verbreitet haben und schon fast salonfähig geworden sind. Sie konnten ins kollektive Bewusstsein gehoben werden, auch wenn die Macht, die Gewohnheiten und die vordergründigen Realitäten noch dagegen sprechen mögen.

Friede ist nur grenzüberschreitend zu schaffen

Die ausländischen Gäste der GSoA in Basel wie auch die dort empfangenen Grussbotschaften aus Ungarn, der CSSR, der Luxemburger Grünen, der früheren Generäle und jetzigen Friedenskämpfer Bastian und von Meyenfeld wie auch von Petra Kelly zeigten aber, wie viele sich darum bemühen, dass ein solcher Prozess der grundsätzlichen Infragestellung der militärischen (Un-)Kultur nicht nur auf die Schweiz beschränkt bleibe, sondern ganz Europa erfasse. Denn schliesslich, das wurde in Basel betont, kann die Schaffung von Frieden nur grenzüberschreitend erreicht werden. Die Abschaffung, beziehungsweise der Abbau der nationalen Armeen, seien nur erste, wegweisende Schritte in diese Richtung.

In Basel war man sich aber darüber einig, dass von den Kleinstaaten und ihren Friedensbewegungen in diesem Sinne besondere Impulse ausgehen können. Sie sind weniger in internationale Machtkonflikte verwoben als Mittel- und Grossmächte und haben somit einen grösseren Spielraum in der Nutzung alternativer, weniger armeerbelasteter Wege zur friedlichen Koexistenz. Diese Idee ist übrigens nicht neu und auch gar nicht so marginal. Bereits in den 20er Jahren hat sie unter anderem Leonhard Ragaz zur Diskussion gestellt, in den sechziger Jahren wurde sie beispielsweise vom Basler Philosophen Hans Saner oder vom österreichischen Physiker Hans Thirring vertreten, und neuerdings hat sich selbst der österreichische Sozialminister Alfred Dallinger dahinter gestellt. In der Schweiz und in Österreich wird sie heute von manchen Sozialdemokraten, Grünen und Alternativen vertreten. So sagte beispielsweise an der Basler GSoA-Konferenz der Genfer SP-Nationalrat Jean Ziegler, Mitglied des Vorstandes der Sozialistischen Internationale, die Schweiz sei für ihn das

Beispiel einer Nation, in der nicht der Staat eine Armee aushält, sondern in der die Armee einen Staat besitzt. Dennoch, oder gerade deswegen, ist für Ziegler die soziale Bewegung für eine Schweiz ohne Armee die derzeit zukunftsreichste Bewegung hierzulande.

Um sich auch in Zukunft gegenseitig über die einzelnen Aktivitäten zur Überwindung der Armee(n) zu informieren und zu ermutigen sowie zur Durchführung weiterer internationaler Zusammenkünfte und neuer antimilitärischer Impulse für die europäische(n) Friedensbewegung(en), gründeten die Basler Konferenzteilnehmer das «Internationale Netzwerk für nichtmilitärische Friedensinitiativen aus kleinen Staaten». Wer sich dafür interessiert, kann das Netzwerk via Anschrift der Gruppe Schweiz ohne Armee (Postfach 261, CH-8026 Zürich) erreichen. Andreas Gross

Friedenskampagne der Frauen für den Frieden und des Evangelischen Frauenbundes der Schweiz (EFS)

Was ist diese Friedenskampagne? Wie entstand sie?

Den Frieden fördern und aufbauen, aber wie? Drei Gründe führten zur Friedenskampagne:

- die Vernehmlassung zur «Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung». Viele Frauen waren sich nämlich ihrer Gesamt-*Verantwortung* in der Friedensfrage neu bewusst geworden;
- eine Initiative aus dem welschen «Camp de Vauxmarcus», einem alljährlichen Bildungswochenende des EFS, diesmal zum Thema «Frieden um jeden Preis, aber zu welchem Preis?»;
- das noch immer hängige Postulat Ott mit der Forderung nach einem unabhängigen schweizerischen Friedensforschungsinstitut.

Zur Zusammenarbeit beider Organisationen kam es 1985. Seither haben über 2000 Personen durch ihre Einzahlungen auf das Konto «Friedensfonds» das Anliegen unterstützt.

Was will die Kampagne?

1. Den Bundesrat auffordern, eine Koordinationsstelle für Friedensforschung mit öffentlichen Geldern zu schaffen und zu finanzieren.
2. Die gesammelten Gelder einsetzen für Projekte, die sich an der Verwirklichung des Friedens orientieren, als Zeichen auf einem Weg zu umfassender Friedensforschung, wie wir sie von unserem Land und seinen Behörden erwarten.
3. Bewusst machen, dass Friede mehr ist als Nicht-Krieg; dass ernsthaft nach den Bedingungen zu fragen ist, ohne die sich der Friede weder nach innen noch nach aussen entwickeln kann; dass Arbeit am Frieden Aufgabe eines jeden Menschen ist.

4. Langfristiges Ziel: dass in der Schweiz ein Friedensforschungsinstitut gegründet werde, wie diese vielerorts im Ausland bereits bestehen.

In der ausgezeichneten Broschüre «Friedensforschung» sind Informationen und Denkanstösse enthalten für die öffentliche Diskussion der oft kontrovers empfundenen Thematik. Durch die öffentliche Diskussion wird auch eine Wirkung auf unsere offiziellen Stellen – Parlament, Bundesrat – erhofft.

Wie funktioniert die Kampagne?

Den Bundesrat sowie uns bekannte Parlamentarier und Parlamentarierinnen orientieren wir mittels einer Postkarte über die Möglichkeit einer freiwilligen Einzahlung auf das Konto des Friedensfonds. Diese Mitteilung unterstreicht die vorstehend genannten Forderungen.

Mit dem Friedensfonds (PC-Konto 10-14986-6) besteht seit 1985 ein Aufnahmegefäss für den sichtbaren Goodwill der Kampagne-Teilnehmer. Aus dem Fonds konnten bis heute 12 Pilotprojekte mit einem Gesamtbetrag von rund Fr. 80'000.– unterstützt bzw. realisiert werden. Zur Zeit stehen etwa Fr. 50'000.– für weitere Projekte der Friedensforschung zur Verfügung (Eingabetermin: 15. April 1989).

Kontakte entstanden inzwischen auch zum Bundeshaus, wo wir wohl freundlich – auch mit Skepsis –, aber leider ohne Folgen empfangen wurden. Schliesslich ist ja auch das Postulat Ott vom 5. Oktober 1983 zur Friedensforschung noch hängig . . .

Wie funktioniert die Kampagne?

Auf dem langen Weg zum Frieden ermöglicht unsere Kampagne nur kleine Schritte – doch auch lange Wege beginnen mit dem ersten Schritt. Als «flankierende Massnahme» zu halboffiziellen Demarchen ist unsere Friedenskampagne allemal sehr wichtig.

Der EFS betrachtet sein Engagement in der Sache ausserdem als konkreten Beitrag zum grossen Auftrag der Verwirklichung von «Gerechtigkeit, Friede und Bewahrung der Schöpfung».

Wenn Sie sich für die Kampagne interessieren oder gar selber ein Projekt einreichen möchten:

Verlangen Sie Unterlagen beim Evangelischen Frauenbund der Schweiz (EFS), Winterthurerstrasse 60, 8006 Zürich (01 363 06 08), denn: *Friedensforscher sind gesucht!*

Linette Stich, Mitglied des Aufsichtskomitees
«Friedensfonds»